

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No. 22.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eintragung in die Postämterliste Nr. 6817.

Hannover,
Sonnabend, 22. Oktober 1898.

Inserate kosten pro 3gepaaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Beinstr. 31. Verlag: Goselede 9A.

7. Jahrg.

Zur Beachtung.

Die Adresse des Ausschusses ist: Jakob Streb, Offenbach a. M., Gahr-Adstr. 34.

Alle Zuschriften, Abrechnungen und die für den Kassierer bestimmten Geldsendungen sind zu richten nach

Reinstraße 31, 3. Etage.

Bei den Geldsendungen ist anzugeben, wofür die Beträge zu verrechnen sind.

Die erhöhten Beiträge sind von der ersten Woche im Oktober ab zu erheben.

Vor Allem wollen die Bevollmächtigten und Hilfskassierer darauf achten, daß die Mitglieder ihre alten Beitragsreste begleichen. Die Annahme, durch die Erhöhung der Beiträge würde eine bedeutende Anzahl Mitglieder dem Verbands den Rücken kehren, erweist sich als unwichtig. Bei der Berichterstattung hat sich die Mehrzahl der Verbandsorte mit den Beschlüssen des Verbandstages, also auch mit der Beitragserhöhung einverstanden erklärt. Seit dem Verbandstage sind in einer großen Anzahl Orte Zahlstellen unserer Organisation gegründet worden. Die zweiten Bevollmächtigten und die Hilfskassierer müssen bei der Kassierung auf diese Thatfachen hinweisen, dann wird sich auch die Zahl der etwa noch vorhandenen Personen, die ihren Austritt mit der Erhöhung der Beiträge rechtfertigen möchten, auf ein Mindestmaß beschränken.

Die Bestände von Mitgliedsbüchern werden an den Verbandsorten verbraucht. Wie in früheren Jahren, so sind auch dieses Mal die statutarischen Verordnungen als Nachtrag gedruckt worden und werden den Mitgliedern geliefert.

Die Bestände an 10- und 5-Pfennigmarken bleiben noch in den Zahlstellen, weil im ganzen laufenden Quartal und darüber hinaus von den Mitgliedern noch Restbeiträge beglichen werden.

Die erste Auflage des Protokolls ist bereits vollständig vergriffen, da über noch eine Anzahl von Zahlstellen noch gar keine Bestellungen gemacht haben, so fordern wir hiermit noch einmal und gleichzeitig zum letzten Male auf, die Bestellungen zu machen. Laufen diese nun rasch und vor Allem zahlreich ein, daß sich eine Neuauflage verlohnt, so wird diese umgehend herausgegeben werden.

Mit kolleg. Gruß

A. Brey.

Der Bund der Industriellen

hielt, wie wir bereits mitgeteilt haben, in der zweiten Woche dieses Monats seine Generalversammlung in Berlin ab. Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als wolle die genannte Vereinigung sich dem Machteinfluß des Zentralvereins deutscher Industrieller, welcher die schwersten Industriemagnaten in seinen Mitgliederlisten führt, entgegen und vor Allem ein Vereinigungspunkt für die Interessen der mittleren und kleineren Industriellen bilden, mit geringerem Schein und größerer sozialpolitischer Einsicht den Wünschen und Begehren der Arbeiter gegenüberstellen. Wie so oft der Schein trug, so auch hier. Die am ersten Tage vorgenommene Verhandlung hat jede Illusion zerstört und die Korporation als das erscheinen lassen, was sie ist: Interessenwahrerin des Kapitals. Mit den Arbeitsnachweisen beschäftigte man sich. Die bei der Berathung zu Tage geförderten Ansichten unterscheiden sich in nichts von jenen, die die Vertreter des Zentralvereins deutscher Industrieller vor sich abgeben haben, zuletzt am 5. September dieses Jahres. An diesem Tage tagte in Leipzig eine Konferenz der Vertreter von privaten und kommunalen Arbeitsnachweisen. Bekanntlich giebt es Leute in Deutschland, die gerade in diesen Arbeitsnachweisen ein Mittel sehen, das geeignet ist, den gewerkschaftlichen Kampf zu mildern. Als Voraussetzung lassen die Leute allerdings eine einträchtliche Verwaltung und Leitung der Nachweise durch Arbeitgeber und Arbeiter gelten. Auf dieser Konferenz war Vertreter des Zentralvereins Herr Dr. Martens aus Hamburg, seines Zeichens Generalsekretär. Nach diesem Herrn gehören die Arbeitsnachweise sammt und sonders in den Dienst des Unternehmertums. Er findet es

ganz selbstverständlich, daß die Regelung des Arbeitsmarktes nur im Interesse der wirtschaftlich Starcken erfolgen darf. Die bestehenden Nachweise, soweit sie nicht sich mit Haut und Haaren den Unternehmern verschrieben haben, wurden von ihm einer herben Kritik unterzogen. Sie hätten gar nichts geleistet. Ihre angeblichen Leistungen beständen in statistischen Kunststücken. Die von verschiedenen Nachweisen bei ausgebrochenen Streiks gelebte Unparteilichkeit wurde als Phrase bezeichnet, denn sobald ein Streik ausbräche, stellten die Nachweise sich aus Ruhebedürfnis, aus Popularitätshascherei und aus sogenanntem humanitären Interesse meist auf Seite der Streikenden.

Das ist großindustrielle Uebertreibung. Wenn die Nachweise sich meist auf die Seite der Streikenden gestellt haben, so ist damit lediglich bewiesen, daß die Streikenden „meist“ im Rechte waren. Alles, was nicht für die Unternehmer ist, ist „wider sie“ und wird denunziert und bekämpft. Der Nachweis soll den Unternehmern in deren Interessenkonflikten mit den Arbeitern eine Waffe sein. Nach Maßgabe dieses Grundsatzes soll die Arbeitsvermittlung ausgebaut werden. Und zwar auf folgender Weise. Die Nachweise sollen bezirksweise organisiert und für alle Arbeitgeber obligatorisch eingeführt werden, d. h. kein Unternehmer soll das Recht haben, Arbeiter anzunehmen, die sich anbieten, sondern nur vom Nachweis gesandte Mitglieder dürfen angestellt werden. Die Beamten des Nachweises haben von den Arbeitssuchenden ordnungsgemäße Papiere und Zeugnisse zu verlangen. Es wurde sogar der Wunsch nach einem Gesetze laut, welches zum Schutze der Arbeitgeber Arbeitsbücher auch für großjährige Arbeiter vorschreibt. Ganz wie die Zünftler, die ja auch die Arbeiter ohne Unterschied des Alters mit einem Arbeitsbuche ausgestattet wissen wollen. Zu welchem Zwecke? Nun, damit jeder Arbeiter selbst den Urriabrief in Form des Arbeitsbuchs von Nachweis zu Nachweis, von Fabrikant zu Fabrikant tragen muß! Mißliebiger geworden Arbeiter wird man bei solchen Nachweisen und solchem Legitimationszwang nicht plagieren. Und wie leicht ist es heute für einen Arbeiter, mißliebiger zu werden.

Natürlich nach den Versicherungen der Industriellen und ihrer Vertreter soll die Organisation des Nachweises die Industrie vor frivolem Streiks schützen. In den Augen der deutschen Industriellen ist jeder Streik unberechtigt, frivol. Obwohl in der kapitalistischen Gesellschaft der Arbeitsvertrag frei sein soll, das heißt, sowohl dem Verkäufer als dem Käufer Gelegenheit gegeben sein soll, bestimmend auf den Preis zu wirken, betrachtet es der Vollblut-Kapitalist als eine Beleidigung seiner eigenen Majestät, wenn der Arbeiter nicht bedingungslos den vom Unternehmer festgesetzten Preis annehmen will. Erhöht er sich aber noch gar durch Verabredung mit seinen Kollegen, durch Arbeits-einstellung den Preis für seine Waare Arbeitskraft zu regulieren, dann ist dies in den Augen des Unternehmers ein Verbrechen, das gar nicht streng genug geahndet werden kann. Ausschluß von der Arbeit, Verurteilung zum Hungertode mittels des Arbeitsnachweises, das wäre die geeignetste Strafe.

Diese Strafe müßte neben dem in Aussicht stehenden Zuchthaus auch den treffen, der es wagt, seine Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß es in der bestehenden „besten Weltordnung“ auch so etwas giebt, was man mit den Worten: Recht auf Vereinigung, Recht auf Koalition bezeichnet. Frivole Agitatoren haben die Unternehmer und ihre Soldatenechte solche Personen, die ihre Mitarbeiter an die Ausübung ihrer Rechte erinnern, genannt. Frivol, weil sie sich nicht duden vor allen Mächtsprüchen eines selbstherrlichen Progenthums. Wie man heute schon die mißliebigen Arbeiter treffen kann, dafür hat auf der Generalversammlung der Fabrikant Weigert aus Berlin vorzügliches Zeugnis abgelegt. Aus der Praxis des Verbandes der Berliner Metallindustriellen führte er an, daß ein Arbeiter, der im Jahre 1890 einen Kranz auf das Grab der Märzgefallenen niedergelegt hat, deshalb noch heute von allen dem Verbands zugehörigen Betriebswerkstätten ausgeschlossen ist. Acht Jahre an freiwilliger Arbeit gehindert durch den Verband der Industriellen.

Gerade der Umstand, daß eine einseitige Verwaltung und Leitung des Arbeitsnachweises durch Ver-
auftragte des Unternehmertums zu einem barbarischen Machtmittel gegen die Arbeiter werden kann, macht den Arbeitsnachweis dem Unternehmertum so werthvoll.

Sie wollen keine Mitwirkung der Arbeiter bei Verwaltung und Leitung. Selbsther absolut vor keines demokratischen Gedankens Bausse angekränkt, wollen sie an der Stelle, wo Angebot und Nachfrage beobachtet werden kann, schalten und walten. So will es der Zentralverein, so will es aber auch der Bund der Industriellen. Das hat die Generalversammlung des letzteren bewiesen. Dieser Beschluß ist eine neue Warnung für die Arbeiter! Lediglich deshalb nehmen wir Notiz von ihm. Durch ihn hat sich die Gefahrentafel der Arbeiter noch um ein Glied vermehrt. Wir verzeichnen in Deutschland ein schutzjöllnerisches Unternehmertum, das im Bunde mit dem Agrariertum bereit ist, alle Gebrauchsgegenstände mit hohen Zöllen zu belegen und die Lebenshaltung der Arbeiter zu verteuern, also die Kaufkraft des Geldes zu verringern. Das ist gleichbedeutend mit Verringerung des Lohnes. Will bei sinkendem Geldwerthe der Arbeiter sich die gleiche Summe von Genüssen verschaffen, dann muß er sein Gelbeinkommen zu erhöhen suchen. Dann tritt ihm aber das koalirte Unternehmertum entgegen, nach diesem kommen die Gesetzesparagrafen, deren Verschärfung und Dehnbarkeit stets Ziel der Unternehmer war, und zum Schluß — Ausschluß von der Arbeit. Bedarf es noch mehr Zeugnis, daß die Arbeiter verpflichtet sind, sich ihren Organisationen anzuschließen?

-y.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Montag, den 3. Oktober, Morgens 9 Uhr, trat der Parteitag zu seiner Konstitution zusammen. Die Teilnehmer des Parteitages waren schon bei ihrer Ankunft sich bemüht gemorden, daß sie in einem Saale angelangt wären, in dem die Reaktion noch nicht Alles unter ihre Fittige genommen, und wo wenigstens in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht freiere Zustände walteten. In einem Zimmer des Bahnhofsgebäudes wurden die Delegierten erwartet und ihnen die Quartiere angewiesen. Ein Mitglied meinte: In Preußen und Sachsen werden sie vor Hunger plagen, wenn sie erfahren, daß man hier unsere Genossen nicht nur nicht unter polizeilicher Bewachung, sondern auch noch in einem staatlichen Gebäude hat empfangen lassen. Bei den Verhandlungen des Parteitages konnte man das freie württembergische Vereinsrecht an dem Festen jeglicher behördlicher Ueberwachung wahrnehmen. Es waren 232 Personen anwesend, davon hatten 215 246 Mandate zu vertreten, die Uebrigen nahmen Theil kraft ihrer Stellung als Mitglieder der Parteileitung und der Reichstagsfraktion. Das Ausland hatte 6 Vertreter gesandt. Die Tagesordnung ward endgiltig in folgender Weise festgestellt: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes, 2. Bericht der Kontrolleure, 3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit, 4. Das Koalitionsrecht, 5. Vergarbeiterrecht, 6. Die Maifeier, 7. Die deutsche Zoll- und Handelspolitik, 8. Anträge zum Programm und der Organisation, 9. Sonstige Anträge. Der gedruckt vorliegende Bericht des Vorstandes behandelte alle wichtigen Vorkommnisse im Parteileben in eingehender Weise. In einer Tabelle wird die sozialdemokratische Stimmabgabe in den durch die Partei vertretenen 56 Wahlkreisen und bei allen seit 1887 vorgenommenen Wahlen angeführt. Die Mandate zum Reichstage haben sich seit der Wahl im Jahre 1893 um 8 vermehrt. Die Stimmen sind um 318 000 gestiegen. Zur Zeit verfügt die Partei über 68 politische Zeitungen. Davon erscheinen 37 wöchentlich 6 Mal, 16 wöchentlich 3 Mal, 8 wöchentlich 2 Mal, 6 wöchentlich 1 Mal, 1 monatlich 1 Mal. Der Kassensbericht verzeichnet eine Einnahme von 315 866,91 M., welcher Summe eine Ausgabe von 343 105,60 M. entgegensteht. An Strafen wurden verhängt 54 Jahre, 7 Monate, 3 Tage. Die Geldstrafen erreichten die Höhe von 19 948 M. Während der Wahlzeit sind unzählige Sistrungen und Verhaftungen von Personen und Beschlagnahmen von Flugblättern vorgenommen worden. Der Geschäftsbericht des Vorstandes wurde gruppenweise diskutiert: a) Allgemeine Agitation; b) Reichstagswahlen; c) Presse; d) Kassensbericht. Nicht alle Parteigenossen sind von dem Ausfall der letzten Wahlen befriedigt. Die Genossen, die größere Erfolge erwarteten, legten die Schuld für den geringen Erfolg der schriftlichen und mündlichen Agitation bei, die nicht in genügendem Maße die Endziele der Partei: die Sozialisirung der Produktionsmittel und die Demokratisirung des Staates betont habe. Nach zum Ausdruck gekommenen Ansichten soll in der Sozialdemokratie eine Strömung sich bemerkbar machen, die es darauf absehe, den Klassenkampf zu vermeiden, die Erringung der politischen Macht, die Umänderung der Produktionsform unzutauschen gegen kleinliche, den Charakter des Klassenstaates nicht ändernde Reformen. Gutgegen diesen Behauptungen wurde betont, daß Niemand daran denke, die Ziele der Sozialdemokratie zu verschleiern oder gar zu verlegen, daß es aber auch Pflicht der Sozialdemokratie sei, die Gegenwartsforderungen nicht nur der Arbeiter, sondern aller Unterdrückten zu vertreten und jeder gefühligen Mahregel, die geeignet ist, das Loos der Letzteren zu mildern, als Abschlagszahlung anzunehmen. Die Debatte wurde mit Lebhaftigkeit geführt. Verschiedene Rednerinnen und Redner belieben einen frisch-fröhlichen Kampfstimmung anzuschlagen und daraus schöpft die gegnerische Presse wieder neue Hoffnung, daß die Sozialdemokratie eines Tages in zwei Lager gespalten sein würde und dann mit Leichtigkeit zu besiegen sei. Jede Vorbedingung zur Erfüllung dieses Verzehrwunsches fehlt. Die Partei hat seit Jahren bewiesen, daß sie das, was man Endziel nennt, will und das Andere, was man Erringung sozialer Reformen nennt, nicht läßt. Nach Auffassung aller Sozialisten führt die ökonomische Ent-

Widmung zum sozialistischen Gemeinwesen. Ueber das Tempo der Entwicklung bestehen unter den Parteigenossen verschiedene Anschauungen. Darin besteht die ganze Differenz, die durch eingehende Diskussion ausgeglichen werden wird. Wir hoffen noch binnen Jahresfrist, die Gegner werden dann um eine entläutete Hoffnung reicher sein.

Aus dem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit geht hervor, daß die Fraktion im März des laufenden Jahres den Antrag auf Einführung eines Notvereinsgesetzes noch einmal einbrachte. Der Antrag hatte folgenden Wortlaut: „Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegenstehende Landesgesetzliche Bestimmungen sind aufzuheben.“ Die Parteien des Reichstages mit Ausnahme der freisinnigen Partei stimmten gegen den Antrag. Das gleiche Schicksal hatte der Antrag betreffend Sicherung des Koalitionsrechtes. Zu dem vom Zentrum und Freisinn eingebrachten Gesetzesentwurf, betreffend die eingetragenen Berufsvereine, hielt die Regierung gar nicht für nötig, Stellung zu nehmen. Herr von Stamm hatte erklärt, daß die Beratungen vergeblich sein würden. Er hatte richtig prophezeit.

Ein Vornachschreiten des gesetzlichen Arbeiterschutzes ist nicht zu verzeichnen. Wohin der sozialpolitische Kurs weicht, beweist die Umfrage des Grafen Posadowsky und der anschließende Gesetzesentwurf, nach welchem das Anzeigengesetz mit Zuchthaus bestraft werden soll. Die Arbeiten der Kommission für Arbeiterstatistik sind bis auf die Väterteilverordnung und das ungenügende Konfektionsgesetz bisher ohne jeden Erfolg geblieben. Erhebungen sind angestellt über die Mißstände in der Mollerei, im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, in den Ladengeschäften, neuerdings auch bei der Binnenschifffahrt und Flößerei. Zu gesetzgeberischen Maßnahmen ist die Regierung nicht geschritten. Die bereits 1891 in der Gewerbeordnung angeordnete Ausdehnung des Arbeiterschutzes, durch welche die Bestimmungen der §§ 135—139b (über die Regelung der Arbeit von Kindern, Jugendlichen und Arbeiterinnen, sowie über die Gewerbe-Aufsicht) auch für die Werkstätten ohne elementare Kraft Geltung bekommen sollten, ist nicht zur Ausführung gekommen. Aus den Reden des Grafen Posadowsky geht deutlich hervor, daß von ihm auch in Zukunft das Unternehmerthum keine weitere Verlesung zu befürchten hat. Die beantragte Verbesserung der Arbeiterversicherung ist vernünftiger worden. Eine erwartete Novelle zum Unfallversicherungsgesetz ist deshalb nicht vorgelagt worden, weil — nach dem Grafen Posadowsky — von den Berufsvereinigungen gegen die früheren Beschlüsse der Reichstagskommission „ernste und weitgehende Einwendungen“ erhoben wurden. Eine Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes erklärte der Graf Posadowsky „für geboten“ und zwar im Interesse der östlichen agrarischen Provinzen. Sollte in der nächsten Session der Reichstag diesen Wünschen nicht willfahren, dann stellt der Graf Posadowsky die Regelung der Frage für Preußen auf „administrativem Wege“ in Aussicht. Man sieht, wenn es sich um Wahrung der Interessen von Arbeitergruppen handelt, beliebt man in Preußen-Deutschland mit „Bollwamp“ voran zu gehen. Die schon in früheren Jahren eingebrachten Arbeiterschutzesanträge wurden wiederholt: Obligatorische Errichtung von Gewerbeprüfern mit Ausdehnung des Wahlrechtes und der Wählbarkeit auf alle in Betracht kommenden Personen ohne Unterschied des Geschlechtes vom zwanzigsten Lebensjahre ab; Aufhebung der Gesindeordnungen; Fortsetzung eines Reichs-Berggesetzes; Errichtung von Reichs-Betriebsaufsichtsbehörden mit ausgedehnten Vollmachten, deren Beirathen, männliche und weibliche, auf Grund eines allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes von den Betriebspersonen aller Betriebe zu wählen sind; Vorlegung eines Sequestengesetzes, durch den die regelmäßige tägliche Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe, Industrie, Handels- und Bergwesen stehenden Personen auf acht Stunden festgesetzt wird.

Bei den Staatsberatungen sind die Mängel der Fabrikinspektion gerügt worden. Besonders die Mißstände der Berginspektion wurden sachgemäß kritisiert. Wegen der Mißbräuche der Arbeiter in Pilsenerfabriken und Kohlsprengereien, wurde vom Reichsgesundheitsamt ein energischer Vorstoß als bisher verlangt. Baldige Maßnahmen wurden zugesagt, deren Ausführung ist aber noch immer zu erwarten.

Die beantragte Gehaltserhöhung des Reichskanzlers von 6400 auf 100 000 Mark, das der Staatssekretäre von 24 000 auf 30 000 Mark lehnte die Fraktion unter dem Hinweis darauf ab, daß keine Gehaltserhöhungen der am schlechtest bezahlten Unterbeamten wegen Geldmangel von der Regierung abgelehnt worden seien. Die Fraktion brachte die Behandlung der politischen Angelegenheiten bei der Reichsjustizverwaltung zur Sprache und forderte reichsgerichtliche Regelung des Strafprozesses. Beim Postetat wurde die beliebte Ueberwachung der politischen Stimmung der Beamten gerügt, eine bessere Befolgung der Relephingehilfen verlangt und beantragt, die Unterbeamten, welche nach dem 1. April 1895 bereits angestellt sind, in das gleiche Anstaltsgehalt zu bringen wie die, welche vor dem 1. April 1895 bereits angestellt waren; ferner die Erhöhung des Höchstgehalts der Landratsräthe von 900 auf 1600 Mark. Die Anträge wurden abgelehnt.

Vom Reichs-Eisenbahnamt wurde energisches Vorgehen gegen die Landeseisenbahnverwaltungen verlangt, die durch Ueberbürdung des Personals die Eisenbahntransporte gefährden, so daß eine große Anzahl schwerer Eisenbahnunfälle eintreten. Höhere Befolgung der Unterbeamten und Verkürzung der Arbeitszeit würden die Unfälle wesentlich vermindern.

Weg der Fälle sozialpolitischer Anregungen und Vorschläge, die nach dem Bericht den gesetzgebenden Faktoren durch die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion gegeben worden, ist für die Angehörigen und Unterdrückten nichts geschehen. Die Aufgaben für den Militarismus sind gräßlich. Die Militärvorlage ist Gesetz geworden und beläuft mit Millionen die Staatsbürger.

Zu diesem Punkte der Tagesordnung lagen eine Menge Anträge vor, welche dem Reichstag vor, die theils durch Annahme oder Ablehnung ihre Geltung fanden, theils der Fraktion überwiegen wurden.

Zum Schluß geben wir die Resolutionen wieder, denen der Parteitag meistens einstimmig seine Zustimmung gegeben hat:

Resolution über die preussischen Landtagswahlen.

Die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen unter dem Verfassungsmäßigem kann nicht wie die an den Reichstagswahlen als ein Privileg betrachtet werden, als ein Recht, durch die Föhrung unserer Stimmen einen moralischen Erfolg zu erzielen, sondern nur als ein Mittel, bestimmte politische Erfolge zu erzielen, namentlich die Abwendung der Gefahr, daß die kaiserliche Reaktion die Mehrheit im Landtage erlangt.

Von diesen Gesichtspunkte ausgehend, erklärt der Parteitag, daß die Beteiligung an den Landtagswahlen nicht in allen Wahlkreisen geboten ist, ungenügender als bei der Länge der Zeit, die aus dem von den preussischen Landtagswahlen kreuzt, sich daran gedacht werden kann, die in dieser Frage jetzt weit auseinandergehenden Meinungen innerhalb der Partei einander so zu nähern, daß ein einheitliches Vorgehen der Gesamt-partei möglich ist.

Unter diesen Umständen überläßt es der Parteitag den Gewählten der einzelnen Wahlkreise, über die Frage der Theilnahme zu entscheiden. Wird in einem Wahlkreis die Theilnahme beschlossen, so werden, falls es sich dabei um eine Unter-

stützung bürgerlicher Oppositionskandidaten handelt, die Kandidaten sich verpflichten müssen, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen entschieden zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volkswahlrechte im Einklang mit dem Punkte preussische Landtagswahlen gestellten Anträge sind durch die Annahme dieser Resolution erledigt.

Resolution zum Punkte Koalitionsrecht.

Unter der kapitalistischen Produktionsweise hat die Unternehmerrasse das Bestreben, jeden Fortschritt in der Produktionstechnik, jede Einführung arbeitssparender Maschinen, jede ihnen günstige Konjunktur des Arbeitsmarktes dahin auszunutzen, die Löhne der Arbeiter zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern und die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiterklasse zu erhöhen.

Die Arbeiter haben daher im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Hebung ihrer Lebenshaltung die Pflicht, mit allen im heutigen Klassenstaat verfügbaren politischen und wirtschaftlichen Kampfmitteln dieses zukunftsbedrohliche Bestreben der Unternehmerrasse zu vereiteln.

Ein unentbehrliches Mittel zur Verbesserung der Lebenslage und zur Erhöhung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Arbeiterklasse ist die gewerkschaftliche Organisation und die angehinderte Benutzung eines gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes.

Der Parteitag erklärt es als eine der ersten Aufgaben der Gesetzgebung, allen Arbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren und es gegen die unablässigen Anschläge des Unternehmertums sicherzustellen. Er verordnet sich daher entschieden gegen die Drohung in der Erklärung des Kaisers zu Odenhausen am 6. September 1893, demnachst der Volksovertretung einen Gesetzesentwurf vorlegen zu lassen, wonach Jeder mit Zuchthaus bestraft werden soll, der „gar zu einem Streik anreizt“.

Streikandrohung und Streikverhängung sind für die Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe ebensolche Waffen wie Aus-sperrungen, Kündigungandrohung bei beabsichtigter Lohn-herabsetzung u. dgl. für die Unternehmer, die durch ihre soziale Stellung und ihre geringe Anzahl den Arbeitern gegenüber im Vorteil sind und soweit sie in Verbänden, Ringen und Syndikaten koalirt sind, von vornherein eine ungeheure Uebermacht gegenüber den Arbeitern besitzen.

Der Parteitag fordert die deutschen Arbeiter ohne Unterscheid der politischen und religiösen Anschauungen auf, sobald dem Reichstage eine solche oder ähnliche Vorlage zugeht, Protestversammlungen zu veranstalten und die Abgeordneten zur Stellungnahme gegen eine solche Vorlage zu drängen.

Der Parteitag erklärt in der Kaiserrede das anzuwendende Jergnis, daß die in den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 in Aussicht gestellte Sozialreform seitens der Regierung ausgeblieben ist. Der nunmehr erst im richtigen Lichte erscheinende Erlass des Grafen Posadowsky zeigt, daß das Reichsamt des Innern statt des früher in Aussicht gestellten „Schutzes gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft“ eine Politik der Unterdrückung der Arbeiterbestrebungen auf wirtschaftlichem Gebiet einleitet — eine Politik, die den letzten Arbeiter über das Märchen vom „sozialen Königthum“ aufklären und ihn davon überzeugen muß, daß im heutigen Klassenstaat die Regierung immer mehr und immer deutlicher die Sachwalterin der Kapitalisteninteressen wird und allein die Sozialdemokratie die rückhaltlose und offene Vertreterin der Arbeiterinteressen ist.

Resolution zur Zoll- und Handelspolitik.

In Erwägung

1. daß Lebensmittelpreise eine künstliche Vertteuerung der nothwendigsten Lebensmittelbedürfnisse herbeiführen und die Lebenshaltung der arbeitenden Massen in Stadt und Land herabdrücken;

2. daß bei den heutigen Machtverhältnissen zwischen den herrschenden kapitalistischen Interessen im deutschen Reiche die Lebensmittelpreise nothwendiger Weise mit Lebensmittelpreisen zusammenfallen;

3. daß im Allgemeinen die deutsche Industrie weit genug entwickelt ist, um den Zollschutz entzichen zu können;

4. daß der Schutz Zoll bei unmittelbarer Großindustrie das wirksamste Mittel ist, die Bildung von Kartellen, Trusts und anderen festgeschlossenen Unternehmerverbänden zu fördern;

5. daß diese Verbände die Aufgabe haben, die Preise der Waaren über ihr normales Niveau zu erheben, wodurch sie theils die Masse der Konsumenten und speziell die Arbeiter, oft aber auch die Industrie selbst schädigen, die durch den Schutz der nationalen Arbeit“ angeblich gefördert werden soll, der sie aber die nothwendigsten Rohmaterialien und Hilfsstoffe (Eisen, Kohle) vertheuern;

6. daß diese Verbände aber auch ein mächtiges Mittel sind, die Vereinigungen der Arbeiter lahmzulegen, alle ihre Bestrebungen nach Hebung ihrer Lage zu nichte zu machen und sie in ein rothenes Helotenverhältnis herabzudrücken;

7. daß die Schutzzölle gleichzeitig als Finanzmittel wirken und den Regierungen die reichsten Mittel liefern, den Militarismus zu entwickeln, der ohne die Schutzzollpolitik nie zu seiner jetzigen Höhe hätte gelangen können;

8. daß endlich die Schutzzölle der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenwirken, indem sie die aus den kapitalistischen Produktions- und Absatzverhältnissen entspringenden Interessengegenstände zwischen den Nationen künstlich vertiefen.

erklärt der Parteitag: die Schutzzollpolitik im deutschen Reiche wie in jedem Staatswesen entwickelter Großindustrie ist unverträglich mit den Interessen des Proletariats, der Konsumenten, der ökonomischen und politischen Entwicklung und liegt allein im Interesse der großen Land- und Industrie-monetaristen, sowie des Militarismus und der nicht unter demokratischer Kontrolle stehenden Regierungen, also der schlimmsten Feinde des Proletariats und der Demokratie. Es sind dieselben Klassen, die den Arbeiterkoalitionen mit dem Zuchthaus drohen und die Unternehmerkoalitionen durch den Schutz Zoll zusammenzujammenheften.

Es ist daher geboten, namentlich bei der Erneuerung der Handelsverträge, jeden Schritt im Sinne der Verttheilung der Arbeit zu unterlassen, dagegen alle Maßregeln auf Scharfsitz zu bekämpfen, die auf Erhaltung oder gar Verstärkung des heutigen schützpolitischen Regimes abzielen.

Die Kaiserin betreffend.

Der Parteitag wolle beschließen, die Resolution des Gothaischen Parteitag, betreffend die Kaiserin, für die folgenden Jahre als bindend zu betrachten, welche lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 ist die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als Festtag der Arbeit, gewidmet den Massenforderungen des Proletariats, der Verbesserung und dem Wohlfühlen. Als würdige der Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Anzuehungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Der Parteitag erklärt: Die Vertheilung der Menschermord an der Kaiserin von Oesterreich gegen die Sozialdemokratie auszunutzen, um Ausnahmeregeln oder sonstige reaktionäre Maßregeln zu rechtfertigen, betrachtet der Parteitag als ein Verbrechen gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten des arbeitenden Volkes. Keine Partei hat mehr als die Sozialdemokratie die Anschauung als falsch und verwerflich beklagt, daß der Mord, begangen an Personen in einflussreichen politischen Stellungen, irgend eine Verbesserung der bestehenden Zustände herbeiführen könne. Nicht die einzelne Person bestimmt den Gang der Dinge, sondern die maßgebenden Massen, geführt auf die Macht und den Einfluß ihrer Interessen.

Wenn trotzdem gewisse Leute versuchen, den Menschermord an der österreichischen Kaiserin in dem angebotenen Sinne auszunutzen, so nur weil sie durch Gewaltmaßregeln gegen das arbeitende Volk ihre niedrigen, selbstsüchtigen Klasseninteressen fördern und ihren brennenden Haß gegen das Streben der unterdrückten und ausgebeuteten Massen, menschenwürdige soziale und politische Zustände herbeizuführen, befestigen wollen.

Der Parteitag spricht den Vertretern dieser arbeitersyndikalischen Bestrebungen die ihnen gebührende Beachtung an.

Die Verkürzung der Arbeitszeit und die heftige Fabrik-Inspektion.

Dem durch Reichstagsbeschluss den Aufsichtsbeamten gewordenen Auftrage, Erhebungen darüber anzustellen, in welchen gewerblichen Betrieben durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitsstunden die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, sind auch die beiden heftigen Beamten nachgekommen.

Der eine Aufsichtsbeamte wandte sich an 5 Orts- und 32 eingeschriebene Hilfsklassen, außerdem an 100 Aerzte mit dem Ersuchen, ihre Wahrnehmungen bezl. der Erkrankungen der gewerblichen Arbeiter und der gesundheitschädlichen Einflüsse in Gewerbebetrieben ihm mitzutheilen.

Es sandten 14 eingeschriebene Hilfsklassen und zwei Frauenkrankenklassen mit zusammen 4 250 Mitgliedern Berichte ein, die zusammengestellt folgendes ergeben:

Mitglieder:	Berufsgruppe:	Krankheitstage:
284	Solgarbeiter	1782
930	Metallarbeiter	5456
85	Bauarbeiter	770
562	Schuhmacher, Gerber, Gutmacher	2451
65	graphische Arbeiter	158
887	Portefeuilier, Buchbinder, Sattler	4982
184	Schneider, Posamentierarbeiter, Weber	1145
775	Rutscher, Hausburfchen, Fabrikarbeiter	6524
43	Tabakarbeiter	548
9	verschiedener Gewerbe	238

3814 24054

Diese Statistik ist zur Betrachtung geeignet, besonders zeigt dieselbe, daß die meisten Erkrankungenfälle und die meisten Krankheitstage auf die Gruppe der ungelernsten Arbeiter entfallen, die vermöge ihrer wechselnden Beschäftigung und unsicheren Lebenslage den Krankheiten mehr ausgesetzt und weniger widerstandsfähig sind. Aus diesen mühevollen Zusammenstellungen kann jedoch nach Meinung des Beamten nicht entnommen werden, inwieweit diese Erkrankungen auf die übermäßige Dauer der Arbeit zurückzuführen sind, daß selbst die Aerzte nicht solche bestimmte Gutachten abgeben könnten. Ein Arzt läßt sich darüber aus: Wenn in einem Betriebe 5 Arbeiter durchschnittlich 11 Stunden täglich arbeiten und jährlich 15 Krankentage pro Mann entfallen, und in einem ähnlichen Betriebe 6 Arbeiter täglich pro Mann 10 Stunden arbeiten und nur 9 Tage pro Jahr und Arbeiter krank sind, so kann dieser günstige und jener unglückliche Stand mit dem Betriebe zusammenhängen, aber die Arbeitszeit ist darum immer noch problematisch. Die Art des Betriebes selbst, die genügende Ventilation u. seien von größerem Einfluß als die Arbeitsdauer.

Demnach könnten also Arbeiter in Betrieben mit vollkommenen maschinellen Einrichtungen, genügender Ventilation u. täglich 18, 20 und noch mehr Stunden beschäftigt werden, ohne daß deshalb eine ungünstige Beeinflussung ihres körperlichen Zustandes eintreten würde. Es scheint überhaupt, als ob der Herr Inspektor mit den Herren Aerzten ein wenig Pech gehabt hätte. Zum Beweise ein Beispiel: In den Gemarkungen von 5 Orten des Aufsichtsbezirktes befinden sich Buntsandsteinbrüche. Die Zahl der Beschäftigten beträgt über 200. Die größte Sterblichkeit ist zwischen dem 30. und 35. Lebensjahre. Manche Frauen sind zum dritten Male Wittwe. Der schädliche Einfluß der Steinhauerarbeit, bei welcher massenhaft mineralischer Staub den Athmungsorganen zugeführt wird, verursacht frühzeitig auftretende chronische Erkrankungen des Lungengewebes. Die hohe Sterblichkeit kann nach Ansicht des Arztes nicht durch Einschränkung der Arbeitszeit vermindert werden, da der Verdienst abnehmen würde und somit die Qualität der Ernährung. Das ist die sozialpolitische Weisheit dieses Arztes. Anstatt den Vorschlag zu machen, die Akkordarbeit, welche den Ansporn zur Anstrengung aller körperlichen Kräfte giebt, gesetzlich zu verbieten, die Ausnutzung der Arbeitskraft auf höchstens 8 Stunden gesetzlich zu gestatten, dahin zu wirken, daß die Steine, anstatt trocken und stauberzeugend, naß verarbeitet werden, läßt man Alles beim Alten, läßt die Arbeiter dahinsterven wie die Fliegen, in einem Lebensalter, wo die Herren Aerzte und ihre Klassengenossen erst anfangen, das Leben von allen Seiten als Mann zu genießen, obgleich sie schon vorher alle Früchte der Welt gekostet haben. Ja, die Herren entblenden sich gar nicht, der Arbeiterchaft in amtlichen Berichten noch eins anzuschreiben. So wird gesagt, daß der 11stündige Arbeiter

tag den an sich kräftigen Menschenschlag gar nicht beeinträchtigt, da die Leute gewöhnlich in gehobener Stimmung Abends fröhlich nach Hause gingen, und wie viele der sichtlich verlaufenen Krankheitsfälle mit Schwächung der Konstitution durch überreichen Genuß geistiger Getränke zusammenhänge, sei nicht festzustellen. Also nicht die Länge der Arbeitszeit, nicht die schädlichen, den Körper und Geist mordenden Einwirkungen sind schuld an dem frühen Dahinstehen der Arbeiter, nicht diese darf man gesetzlich beschränken, sondern den überreichen Genuß geistiger Getränke seitens der Arbeiter. Da ist es allerdings besser, wenn die Aufsichtsbeamten die Weisheit der Ärzte nicht erforschen, denn die tüchtigen und einsichtigen Ärzte geben der Öffentlichkeit nicht gern Rat, und die anderen mögen sich selbst ihrer sozialpolitischen Weisheit begeben lassen. Dem Mainzer Aufsichtsbeamten macht ein Arzt die Mitteilung, daß er die Erfahrung gemacht habe, daß Arbeiter, welche von der Nachtarbeit kommen, häufig nicht ins Bett, sondern ins Wirtschaftshaus gehen. Eine solche Lebensweise untergrabe die Gesundheit mehr als eine etwas längere Arbeitszeit. Also nach 11- oder 12stündiger Arbeitszeit, Staub, Unrath massenweise eingeathmet, untergräbt ein Glas Bier, das der Arbeiter trinkt, seine Gesundheit. Wieder wird er selbst als der Feind an seinem Leben hingestellt. Und da wundert man sich in unsern Arbeiterkreisen, wenn hochgestellte Personen unsere Bestrebungen als frevelhaft bezeichnen: wenn die Ärzte, welche täglich mit dem Volke verkehren, derartige „Erfahrungen“ an Beamte senden und diese in den amtlichen Berichten Aufnahme finden. Was haben eigentlich derartige unsinnige Auslassungen da zu thun? Läuft denn Alles darauf hinaus, die Arbeiterschaft zu verächtigen?

Wohl findet sich hier und da ein vorurtheilsloser Arzt, der gerne seiner Meinung unverhohlen Ausdruck geben würde, doch ist auch er vom Kapital abhängig, und läßt sich lieber nicht aus oder zieht sich zurück.

Beide Beamte schlagen jedoch eine gesetzliche Maximalarbeitszeit vor und zwar für Zementfabriken, chemische Fabriken, Anilinfabriken, Düngersfabriken, Ultramarinfabriken, Bleiweißfabriken, Chininfabriken, Dampfkesselheizer 8 Stunden, für die übrigen Produktionszweige 10 Stunden, mit Ausnahme der Schriftgießereien, für welche 9 Stunden, und der Bierbrenner, für welche 11 Stunden vorgeschlagen werden.

Also für alle Arbeiter, die für unsere Organisation in Betracht kommen, welche wir bei unserer Agitation zuerst berücksichtigen müssen, ist der Achtstundentag als höchst zulässig bezeichnet. Daß wir von den gesetzgebenden Körperschaften einen solchen Arbeitstag erhalten, ist ausgeschlossen, die heutige Windrichtung in den oberen Regionen läßt eine solche Hoffnung nicht aufkommen.

Aber unsere Organisation muß danach trachten, die Arbeiter dieser besonders gesundheitsgefährlichen Betriebe dem Verbandszusatz zu führen, um dadurch den nötigen Vorstoß unternehmen zu können.

Eine Agitationstour

Zwecks Stärkung der bestehenden Zählstellen unseres Verbandes und zur Neugründung von Zählstellen unternahm Kollegin Zieg in der Zeit vom 12. bis 30. September durch Schleswig-Holstein. Versammlungen fanden statt in Hammwade, Elmshorn, Barmstedt, Uetersen, Kellinghusen, Wiltzer, Flensburg, Gollsch, Garzelle, Grabenstern, Sorby, Gellert, Hadersleben, Schleswig, Neumünster, Kiel und Oldesloe. Die Versammlungen waren, mit wenigen Ausnahmen, gut, zum Teil sogar glänzend besucht. Der Geist war überall ein guter. Die Referentin suchte überall durch eindringliche Worte mit Hinweis auf die uns drohende Verkümmern unseres Koalitionsrechtes die Anwesenenden zur intensiven Ausübung dieses Rechtes anzuspornen. Der Erfolg war fast überall ein guter. In Hammwade ließen sich 15 Personen aufnehmen, die außerdem noch versprochen, weitere Mitglieder werden zu wollen, sodas die Gesellschafter Kollegen, zu deren Zählstelle die Neugewonnenen gehören, hoffen (da auch in Gesellschaft selbst der Geist ein so guter ist), in Bälde ihre Mitgliederzahl auf 300 zu bringen. In Elmshorn, wo wir bekanntlich eine sehr gute Zählstelle haben, ließen sich 25 Personen aufnehmen. In Barmstedt konnten wir, da sich 21 Personen zum Eintritt meldeten, zur Gründung einer Zählstelle schreiten. Es muß lobend anerkannt werden, daß die Elmshorner Kollegen, besonders der I. Bev. Westmann, in der umsichtigen Weise die Vorarbeiten ausführt hatten. In Uetersen war die Versammlung von ca. 200 Personen besucht, die mit Interesse den Ausführungen folgten und von denen sich 13 aufnehmen ließen.

In Wiltzer sollte eine neue Zählstelle gegründet werden und es wäre auch unzweifelhaft hierzu gekommen (da die Versammlung sehr gut besucht war und das Referat mit großem Beifall aufgenommen wurde), wenn nicht der Genosse Köpfer, der Vorsitzende des Icheoer Gewerkschaftsartikels, in ganz unqualifizierbarer Weise gegen uns losgezogen wäre. Wir wurden in Grund und Boden verdonnert wegen unserer geringen Beiträge, wir seien keine Kampfsorganisation, weil auf dem Verbandstage beschlossene seien, ein Sterbegeld zu zahlen u. s. w. Mit Empfindung schloß er seine Ausführungen mit folgenden Worten: Wer von den Arbeitern Wiltzers sich nicht den bestehenden Organisationen anschließen kann, der mag in politischer Hinsicht doppelt seine Pflicht thun, und ich erlaube die Versammlung, es abzulehnen, daß hier eine Zählstelle gegründet wird. (Und der Mann steht an der Spitze der Icheoer Gewerkschaften!) D. H. Gehörnd leuchtete Kollegin Zieg diesem merkwürdigen Gewerkschaftsartikels-Vorsitzenden heint, der, wie er selbst betonte, sich gegen die beabsichtigte Gründung wandte, weil er fürchtete, der am Ort bestehende Arbeiterverband könne Mitglieder an uns verlieren. Kollegin Zieg wies darauf hin, daß eine Volksversammlung doch wahrhaftig nicht der Ort sei, um über die Beitragshöhe zu streiten. Uebrigens habe der Arbeiterverband-Verband, der jetzt uns gegenüber als Musterorganisation hingestellt werde, vor noch gar nicht so langer Zeit auch keine höheren Beiträge erhoben als wir. Wir hätten uns eben den Verhältnissen anzupassen und ließen uns in unseren Bestrebungen, unsere Organisation nach besten Kräften nach jeder Richtung hin auszubauen, durch keine Anspornungen, indem sie kommen, von welcher Seite sie wollen, hindern. Die Hauptsache aber, daß wir bei unserer

bewogen Beitragshöhe in den letzten zwei Jahren 38 000 Mk. an Streikunterstützung bezahlt, beweise wohl zur Genüge, wie wichtig der Vorwurf, unser Verband sei keine Kampfsorganisation, sei. Wenn aber in politischer Hinsicht doppelt seine Pflicht thun gleichbedeutend mit gewerkschaftlich sich organisieren sei, so Wiltzen ja nur alle Gewerkschaften sich auflösen und den Mitgliedern daiselbe Recht erstehen werden, den man jetzt den noch nicht organisierten Arbeitern Wiltzers erteilt. Das genge wähllich von einem hochentwickelten Solidaritätsgesühl, wenn organisierte Arbeiter aus Furcht, die Icheoer Gewerkschaften nicht jenes Mitglied sich der neuen Organisation anschließen, es den schlechtesten Arbeitern verwehren wollen, sich in der Organisation einen Rückhalt gegen die Räden und Läden des Kapitals zu schaffen. Kollegin Zieg bestritt der Versammlung die Kompetenz, zu beschließen, es solle sich keine Zählstelle konstituieren. Wenn sich die erforderliche Zahl Personen melde, würden wir trotz des Genossen Köpfers zur Gründung schreiten. Leider meldeten sich nur vier Personen, die jedoch versprachen, zu agitieren, daß in nächster Zeit die erforderliche Anzahl sich finde, um auch hier Fuß zu fassen für unseren Verband. Die Vorbedingungen für eine gute Zählstelle sind gegeben und werden wir uns deshalb nicht abschrecken lassen, sondern nachsehen und besser machen. In Garzelle und Grabenstern galt es weniger, neue Mitglieder zu werben, sondern in der Linie die neugewonnenen an die Zählstelle (Flensburg) fester zu fassen. Der Geist in den Versammlungen war ein sehr guter, auch ließen sich acht aufnehmen. Leider haben nur die Scavenbeiner allsehr unter dem Druck der Unternehmer und Behörden zu leiden, sodas sie sich kaum getrauen, in den Versammlungen unserem Verband beizutreten oder irgend einen Posten anzunehmen. Doch auch hier geht's vorwärts trotzdem und allemal. In Flensburg, wo in der letzten Zeit die Zählstelle prächtig aufgebüht ist, ließen sich 18 als Mitglieder aufnehmen. Man erhofft hier, sowie in Hadersleben einen guten Erfolg zu erzielen mit den ins Dänische überetzten Flugblättern. In Hadersleben war die Versammlung, da just Jahrmart im Orte war, leider nur schwach besucht und wurden auch keine neuen Mitglieder gewonnen. In Kellinghusen, wo auch die weiblichen Mitglieder recht reg und thätig, wurden acht neue Mitglieder, darunter mehrere Frauen, gewonnen. In Schleswig war das Lokal überfüllt. 19 Personen meldeten sich zum Beitritt, sodas wir zur Gründung einer Zählstelle schreiten konnten, die hoffentlich blühen und gedeihen wird. In der gutbesuchten Versammlung in Sorby ließen sich 8 Mitglieder aufnehmen, in Gollsch 15 Personen. Hier mußte die Versammlung in einem Privathause tagen. In Gellert, wo die Versammlung von dem außerordentlich regen Bev. Kollegen Krüger nach vieler Mühe arrangiert worden war, fanden sich 12 Personen, die gewillt waren, eine Zählstelle zu gründen. Da die in Vorschlag gebrachten Bevollmächtigten sehr befähigte Leute zu sein scheinen, wird auch hier hoffentlich sich die Zählstelle gut machen. In Neumünster war, trotzdem die Polizei verboten hatte, durch Anhalten der Platate an die Anschlagssäulen die Versammlung bekannt zu machen, diese glänzend besucht. Dieselbe war nicht nur eine Agitations-, sondern gestaltete sich gleichzeitig zu einer Protestversammlung gegen die geplante Zuchthausvorlage. Mit drausendem Beifall wurden die Ausführungen der Referentin aufgenommen und 17 neue Mitglieder gewonnen. Auch in Kiel gelang es, Fuß zu fassen. Von den zahlreich Erschienenen meldeten sich 35 zum Beitritt, sodas auch hier eine Zählstelle gegründet ward. Da bewährte Genossen die Leitung in die Hand genommen, werden wir hier hoffentlich bald eine blühende Zählstelle haben. In Oldesloe war die Versammlung leider nur schwach besucht, der Geist unter den Besuchern jedoch ein guter. Zum Beitritt meldeten sich 5 Personen. Im Ganzen wurden also 225 neue Mitglieder gewonnen und 4 neue Zählstellen gegründet. Und nun Glück auf zur weiteren Arbeit.

Soziale Rundschau.

Der Kampf gegen die geplante Beseitigung des Koalitionsrechtes wird von den Arbeiterinnen und Arbeitern energisch geführt. In zahlreichen Orten Deutschlands haben Protestversammlungen getagt oder werden solche noch tagen, die entschieden gegen Verschlechterungen des Koalitionsrechtes und für Ausbau desselben eintreten. Auch wird das Koalitionsrecht für alle Arbeiterinnen und Arbeiter gefordert. Auch der Gewerkschaftsausschuß hat eine Resolution angenommen, die sich als ein eingehend begründeter Protest darstellt. Auch in bürgerlichen Kreisen regt es sich. Bekannte Zentrumspolitiker, der Parteitag der National-Sozialen und sächsischen Demokraten haben sich gegen das geplante Attentat erklärt. Die Agitation der Arbeiter dauert fort und wird hauptsächlich dann ihren Höhepunkt erreichen, wenn die Vorlage dem Reichstage zugegangen sein wird.

Die Durchschnittspreise für die wichtigsten Lebensmittel betragen in Preußen (ausschließlich Erwer) im September 1898 (im Vergleich zum August) für 1000 Kilogramm Weizen 159 (170), Roggen 151 (131), Markt, Gerste 138 (139), Hafer 134 (148), Roggerbren 225 (226), Speisebohnen 258 (259), Rindfleisch 412 (408), Schafschmalz 46,9 (52,7), Rindfleisch 36,5 (37,8), Schweinefleisch 47,2 (46,8), Rindfleisch im Großhandel 1068 (1067), für 1 Kilogramm Rindfleisch von der Schule im Kleinhandel 136 (136) Pf., vom Baum 116 (116) Pf., Schweinefleisch 144 (143) Pf., Rindfleisch 133 (131) Pf., Hammelfleisch 130 (131) Pf., inländischer geräucherter Speck 163 (162) Pf., Gebäck 224 (213) Pf., inländisches Schweinefleisch 158 (158) Pf., Weizenmehl 33 (34) Pf., Roggenmehl 25 (25) Pf., für 1 Schock Bier 335 (333) Pf.

Die Beschäftigung ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter ist vom Minister des Innern über den 15. November bis zum 1. Dezember gestoppt worden. So liegt es im Interesse der Großgrundbesitzer. Die inländischen Arbeiter werden von der Scholle hinweggegrault, den ausländischen Arbeitern wird der Aufenthalt verlängert.

Gegen die Kinderarbeit. Aus Chemnitz wird berichtet: Um den Mißbrauch kindlicher Arbeitskräfte im Restaurationsbetriebe einzuschränken, ist hier jetzt die Bestimmung getroffen, daß Knaben zum Regelaufsetzen nur an zwei Tagen in der Woche herangezogen werden dürfen. Die Erlaubnis ist von der zuständigen Schulbehörde einzuholen und darf nur erteilt werden, wenn der Knabe 12 Jahre alt, kräftig ist und tadellose Schulleistungen aufweist. Macht er am Tage nach dem Regelaufsetzen den Eindruck der Erschlaffung, so ist die Genehmigung sofort zurückzugeben. Es ist kennzeichnend für den brutalen Ausbeutungspunkt gewisser Kreise, daß die biswärtigen „Neuesten Nachrichten“ diese verständige und humane Bestimmung mit dem Ausruf glossieren: O heilige Einfalt!

In einer Arbeitseinstellung rät das in Leipzig erscheinende Organ des deutschen Buchdruckervereins, einer über ganz Deutschland verbreiteten Arbeitgebervereinigung. Das Blatt veröffentlicht im amtlichen Theile seiner Nr. 40 vom 6. Oktober eine Bekanntmachung an alle jene Buchdruckerbesitzer Deutschlands, die den zur Zeit in diesem Gewerbe gültigen Lohnarif noch nicht anerkannt haben, mit der Aufforderung, diesen Lohnarif innerhalb einer gegebenen Frist in ihren Betrieben zur Anwendung zu bringen. Diese Bekanntmachung geht von den Arbeitgebermitgliedern im Tarifamt und Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker aus. Es ist dies eine aus einer gleichen Anzahl frei gewählter Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildete Behörde des deutschen Buchdruckerwesens, die über die gewöhnliche Einhaltung und Durchführung der vereinbarten Arbeitsbedingungen zu wachen berufen ist. Die in Rede stehende Bekanntmachung besagt: „Der Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker hat auch für diesen Herbst eine Agitation zur weiteren Tarif-einführung beschlossen; dort, wo unsere kollegialen Bemühungen auf Anerkennung des Tarifs keinen Boden fanden, werden die Gehilfen in der nächsten Woche beauftragt sein, eventuell mit ordnungsgemäßer Lösung des Arbeitsverhältnisses die Tarif-einführung zu erreichen.“ Man sieht, die ordnungsliebendsten Unternehmer können zu Befürwortern des Streiks werden, und zu einem solchen anzureizen, sei es auch nur, um tariffeindliche Konkurrenten zur Reize zu bringen. Natürlich werden dabei auch Personen an freiwilliger Arbeit gehindert. Ginderer und Anreizer befinden sich diesmal im Lager der Ordnungsliebenden, das wird sie aber nicht vor „schwerster Strafe“ und dem „Zuchthaus“ schützen. Wir freuen uns ihrer Gesellschaft.

Wer ist als „Handwerker“ und wer als „Fabrikant“ zu betrachten? Diese Frage, die namentlich seit der Einführung des Unfallversicherungsgesetzes bisher sowohl den Berufsgenossenschaften und sonstigen beteiligten Kreisen, wie auch selbst den Gerichten viel Kopfzerbrechen bereitet hat, ist in einem Streitfall vom Reichsgericht beantwortet worden. Bis jetzt wurde gewöhnlich eine Arbeitsstätte, in der zehn und mehr Arbeiter beschäftigt sind, als Fabrik betrachtet, und darnach wurden auch die Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes zur Anwendung gebracht. Das Reichsgericht hat jetzt einen anderen Grundsatz festgesetzt, den der Arbeitsteilung. Arbeit der produzierenden Arbeiter allein an der Fertigstellung des Werkes, so liegt „Handwerk“ vor, arbeiten jedoch verschiedene Arbeiter zur Fertigstellung, jeder nur an einem Theile des Faktats, so ist dies eine Fabrikthätigkeit.

Gerichtliches.

Einen Schadenersatzanspruch machte der Arbeiter Krüger im Wege des Zivilprozesses gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber geltend, indem er behauptete, er sei durch dessen Schuld in seinem Betriebe verunglückt. Es war sehr schwer zu Schade gekommen, als er einen Wagen im Auftrage des Arbeitgebers zur Schmirde schaffen wollte. Das hierbei benutzte Pferd hatte geschont und das Gefährt, worauf der damals 15jährige Krüger saß, umgeworfen. Krüger befand sich zur Behandlung der Unfallfolgen, deren hauptsächlichste ein Schenkelbruch war, länger als ein Jahr im Krankenhaus. Die Heimathsgemeinde des Krügers, Lichtenberg, legte die Kurkosten in Höhe von 388 Mark vorläufig aus. Neben dieser Summe verlangte der Krüger in der beim Landgericht II angebrachten Klage für sich eine Monatsrente von 25 Mark. Sein Vertreter betonte, der Beklagte, der Schlachtermeister Schulte, habe gewußt, daß das vor dem Wagen gespannte Pferd böse sei und daß der Wagen in Folge seiner Konstruktion leicht umschlage. Schulte bestritt Alles und behauptete das Pferd als militärfromm. Die Beweiserhebung ergab aber ein ganz anderes Bild. Das Landgericht II zu Berlin verurtheilte Schulte, die Schuld des Krügers bei der Gemeinde Lichtenberg zu begleichen, dem Krüger 178,50 Mark zu zahlen und ihm ferner eine laufende Rente von 13 Mark monatlich zu gewähren. Zur Begründung führte das Gericht in seinem Erkenntnis Folgendes aus: Beklagter mußte gemäß der §§ 111, 115 und 119 I 6 Allg. Land. verurtheilt werden, den verlangten Schadenersatz zu leisten. Nach der Beweiserhebung sei anzunehmen, daß ihn ein Verschulden am Unfälle des Krügers treffe. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß das Pferd überaus schen und wild gewesen sei. Seiner Behauptung, der Krüger habe den Wagen schen lassen, stehe die Thatfache entgegen, daß er ihm selber beim Anspannen geholfen habe. Nach den ärztlichen Gutachten sei die Erwerbsunfähigkeit des Krügers auf 25 Prozent zu schätzen, was bei Zugrundelegung des Durchschnittsjahresverdienstes eines ungelerten Arbeiters, wie der Krüger, mit 624 Mark eine monatliche Rente von 13 Mark ergebe. Außer Betracht bleibe, daß der Krüger angeblich einen Wochenverdienst von durchschnittlich 12 Mark habe. Dem es müsse damit gerechnet werden, daß er die Stellung jederzeit verlieren könne und daß er dann beim Suchen anderer Arbeit der Konkurrenz vollständig erwerbsfähiger Arbeiter gegenüber ererblich im Nachtheil sei.

Korrespondenzen.

Flensburg. In unserer letzten Mitglieder-Versammlung gab Kollege Erler den Kartellbericht. Aus diesem ging hervor, daß das Kartell sich mit der Aufgabe beschäftigt hat, das Kartellbureau in ein Arbeiter-Sekretariat umzuwandeln. Die Versammlung erkannte an, daß die Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats einem Bedürfnis entspreche und wurde beschlossen, prozentual zu den Kosten beizutragen. Alsdann erstattete Kollege Schilling Bericht vom Verbandstage. Als ausführende Debatte ließ erkennen, daß die Delegierten mit den Beschäftigten nicht ganz einverstanden waren. Es wurde getadelt, daß die Delegierten, anstatt aus Fabrik- und Hilfsarbeiten, aus selbstständigen Handwerken, wie Barbieren und Schneidern, sich rekrutirt hätten. Weil diese Delegierten sich meistens in besseren Verhältnissen befanden und sie die einschläglichen Verhältnisse nicht kennen, so sei es erklärlich, daß sie praktische Vorschläge und Anträge ignorirt (nicht beachtet) und stülpisch behandelte hätten. Auch die gestellten Beschlüsse, die mehr für die Agitation aufzuwenden, fanden nicht den Beifall der Kollegen, weil das Wohl und Wehe des Verbandes ganz wo anders zu suchen sei. Die Gewährung des Sterbegeldes fand nur bedingte Anerkennung. Sie sei ein Schritt vorwärts, es sei aber zu bezweifeln, ob damit das Richtige getroffen sei.

Auf Grund persönlicher Kenntnis können wir feststellen, daß die Delegierten in der Mehrzahl sich in abhängigem Verhaltnis als Lohnarbeiter befinden. Nur vier Delegierte nahmen die Stellung ein, die der Bericht die Delegierten meistens einnehmen läst. Wäre die Behauptung des Berichtes zutreffend, dann hätte nicht ein so hoher Prozentsatz der Delegierten den Verbandstag schon vor Erledigung seiner Arbeiten verlassen müssen. Ganz unangebracht ist aber die Behauptung, der Verbandstag habe praktische Vorschage und Anträge ignoriert oder nur oberflächlich behandelt. Daß die Behandlung aller Anträge eine gründliche war, beweist die Tatsache, daß der Delegierte für Altenburg auf dem Verbandstage keine Veranlassung nahm, die Behandlung der Anträge zu kritisieren. (D. Red.)

Augsburg. Die am 2. Oktober tagende Mitgliederversammlung war gut besucht. Es wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Trotzdem am Orte 40 000 Lohnarbeiter beschäftigt sind, die sich wenigstens in ihrer Mehrzahl in sehr gedrückter Lebenslage befinden, will es mit dem Ausbau der Organisation nicht recht vorwarten. Auch unsere Mitgliederzahl steht in keinem Verhaltnis zu der Anzahl der hier beschäftigten Kollegen. Es bleibt uns also noch eine schwierige Agitationsarbeit, aber mit Muth und Ausdauer werden wir sie vollbringen.

Burgthude. Am 2. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung. Der angeklandigte Vortrag des Kollegen Warten aus Harburg mußte des schwachen Besuchs wegen ausfallen. Als 2. Bevollmächtigter wurde Kollege Wasnath vorgeschlagen. Ferner wurden 3 Hilfsarbeiter gewählt. Zur Konferenz in Neumünster wurde Kollege Arndt entsandt.

Gannstett. Eine Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zahlstelle des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter fand am 1. Oktober statt. Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung, zum Verbands der Fabrikarbeiter überzutreten. Der Grund dieses Beschlusses ist, daß nur Fabrikarbeiter die Zahlstelle bilden, und kein einziger Handels- oder Verkehrsarbeiter zur Zahlstelle gehört. Der Beschluß wurde mit 31 gegen 2 Stimmen gefaßt. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlosen, am 8. Januar im „Ruffischen Hof“ eine Feier mit Theater und Ball abzuhalten.

Elberfeld. In der Mitglieder-Versammlung am 29. September hielt Genosse Mayer einen sehr lehrreichen Vortrag über: „Kapital und Arbeit“. Redner schilderte die Anfänge und Ausbreitung des Kapitalismus und demgegenüber die Entstehung der Arbeiterorganisationen und die naturnotwendigen Kämpfe zwischen beiden. Bei letzteren erwähnte er die großen Streiks der Fabrikarbeiter und der Badereigenen, kritisierte das Verhalten der Behörden und des Arbeitgeber-Verbandes den Streikenden gegenüber und kam zu dem Schluß, daß nur eine kräftige Organisation hierin Remedur schaffen könne. Hierzu gehörten vor allen Dingen Geldhofer und recht häufiges Besuchen der Versammlungen. Kollege Scheer ergänzte einiges hierzu und kritisierte die neue Zuchtanstalt. Die Abrechnung vom Streik der Pfaffenwasser von Eggers u. Ko. ergab eine Einnahme von 2246,77 Mt. und eine Ausgabe von 2237,84 Mt. Als Delegierter für die Konferenz in Neumünster wurde Kollege Scheer gewählt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Klinger. Dabei erwähnte Scheer den Baderstreik und rügte das Verhalten Reichsmarschalls Bogt gegenüber, weil Sr. Letzteren ohne triftigen Grund entlassen habe. Zum Schluß wurden noch Frau Eisenberger und Hermann Niene wegen Vergehens gegen § 7 a und § 7 b des Statuts aus dem Verbands ausgeschlossen.

Umschorn. Der Streik der Lederarbeiter ist mit einer Niederlage der Arbeiter beendet. Die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht führt zu keiner Schlichtung der Differenzen. Die Arbeitgeber sandten der Lohnkommission der Lederarbeiter folgendes Schreiben: „Zur Kenntnissnahme lassen wir Ihnen folgenden Beschluß unseres Vereins zugehen: 1. Von Montag, den 3. Oktober, wird in den hiesigen Betrieben keine Haut mehr eingeweit. 2. Innerhalb 14 Tagen, spätestens nach Ausarbeitung der Kalkhute, ist mindestens die Hälfte aller beschäftigten Arbeiter zu entlassen. gez. H. Reibel, Vorsitzender. Hr. Strecker, Schriftführer. Chr. Kossod, Bielefeld. D. Petersen, Ferd. Wordemann. J. F. Kossod, J. Schmidt. J. A. Sud. J. Schneider. Herm. Schaal. J. Mangold. Johs. Mangels. W. Thormalen. Joh. Knecht. J. Piening. Doppeltand Der Vorstand.“

Am 5. Oktober tagte eine Versammlung der Streikenden, an der auch der Vorsitzende des Lederarbeiterverbandes theilnahm. Letzterer hatte schon vor der Versammlung mit Herrn Piening Verhandlungen gepflogen. Herr Piening hatte dabei folgende Bedingungen gestellt: 1. Einstellung von 8 der Streikenden, die anderen nach Bedarf; außerdem hat sich Piening das Recht gewahrt, seinen Bedarf an Arbeitskräften nicht anschlesslich aus den Reihen der am Streik theilnehmenden Arbeiter zu decken; 2. die von den Akkordarbeitern zu stellende Kaution von 20 Mt. ist in der bisherigen Weise und nach Maßgabe der Arbeitsordnung zu hinterlegen, nicht innerhalb 6 Tage; 3. für Quittungen der Schuldstrafe, eimerlei, ob deutsche, englische oder französische Schilder, werden 16 Pf. pro Stück, wenn nicht gepat, und 14 Pf., wenn gepat, bezahlt. Der Versammlung wurde der Vorschlag gemacht, unter Annahme dieser Bedingungen den Streik für beendet zu erklären. Für den Vorschlag stimmten 105, dagegen 130 Personen. Für den Vorschlag stimmte der Vorschlag war also abgelehnt. Herr Reisswenger, Revisor (Leiter des Lederarbeiterverbandes), erklärte nun, bei einer so kleinen Majorität könne der Streik die Genehmigung des Vorstandes nicht erhalten, zwei Drittel der abgegebenen Stimmen müßten sich für den Streik erklären. Mit dieser Erklärung war das Ende des Kampfes angesprochen.

Halle. Sonnabend, den 24. September, tagte in Priesler's Berg unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zur Verlesung gelangte zunächst ein Theil des letzten Jahresberichtes vom hiesigen Arbeitersekretariat. Hieran schloß sich eine lebhafte Debatte. Für das Weihnachtsgewagnis wurde ein Komitee gewählt, welches die Vorarbeiten zu erledigen hat. Hieran nahmen die Mitglieder das Protokoll vom Verbandstage in Gannstett. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige wichtige Gegenstande zur Sprache gebracht. Da die nächste Versammlung Sonntag Nachmittag stattfindet, so wurde beschlosen, nach Schluß der Versammlung einen Familienabend beim Vereinslokal, Genossen Wagner, abzuhalten.

In Lübeck haben die auf der Kochschen Werft beschäftigten Arbeiter durch Kommissionsverhandlung mit der Betriebsleitung einen Zuschlag ihres Stundenlohnes um 2 Pf. erzielt.

Lubwigshafen (Rhein). Ueber „Zweck und Nutzen der Organisation“ referierte am 2. Oktober Genosse Benzel im Gemeinlokale des „Gefellenshauses“. Der vorzuehliche Vortrag ergab, daß sich 30 Kollegen dem Verbands anschloen, was ein Resultat mit dem wir zufrieden sind und das uns zu einer stärkeren Thätigkeit anspornen wird. — Die Mitgliederversammlung am 17. September beschloss die Kollegen Wagner, Priesler, Koch, 63 (Reparation) „Zur Stadt Wandern“ mit Auszahlung des Weihnachtsgewagnis.

Münster. In der Heimkehrer-Konferenz legten am 11. Oktober faunliche Genossen und Gewerkschafter die Arbeit nieder. Die Ursachen sind folgende: Bei der im Juli dieses Jahres ausgebrochenen Lebensbewegung wurde für die Hilfsarbeiter eine Lohnabhangigkeit im Betrage von 25 Proz. für Sommerarbeit und ein Minimallohn von 28 Pf. für die Winterarbeit festgesetzt, was den Nachweis brachte, daß die Arbeiter für die Winterarbeit gearbeitet hatten. Genoss Wagner, der die Forderungen vorbrachte, kam kommt plötzlich die Firma

mit Lohnabhangen, gewährt keine Prozente mehr für die Sommerarbeit, droht mit Entlassungen, und hat auch schon die besten Former hinausgeworfen. In einer Werkstattpersammlung wurde eine Kommission von 3 Mann gewählt, welche bei der Firma vorstellig wurde, aber die Verhandlung führt durch Verschulden der Betriebsleitung zu keinem Resultat. Die Arbeiter dachten nicht an einen Streik. Sonntag, den 9. Oktober, hatten die Arbeiter wieder eine Besprechung, und da eben wieder Entlassungen angekündigt waren, so stellte man folgende Forderungen auf: für Hilfsarbeiter einen 25prozentigen Lohnzuschlag für Ueberstunden und 28 Pf. Minimallohn. Für Former ebenfalls einen Minimallohn und 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden. Eine gewählte Kommission wurde unter Zuziehung eines Mitgliedes der Lohnkommission am 10. Oktober wieder vorstellig. Die Firma bemilligte wieder nichts Kennenswerthes und gab der Kommission bezuglich der Hilfsarbeiter den Bescheid, sie zähle überhaupt was ihr gefalle, sie lasse sich nicht binden. Darauf legten 43 Mann die Arbeit nieder. Unserer Organisation gehören 10 der Streikenden an, die übrigen 33 Personen sind theils im Metallarbeiterverband, theils im Formerverband organisiert.

Münster a. Main. Sonntag, den 25. September, tagte hier eine Mitgliederversammlung, in der Frau Kröger Bericht vom Verbandstage erstattete. Rednerin gab die wichtigsten Beschlüsse bekannt. Die Versammlung erklärte sich mit der Thätigkeit der Kollegin auf dem Verbandstage einverstanden. An der Zustellung des „Proletarier“ wurde dann Kritik geübt. Der zweite Bevollmächtigte erklärte, daß ihn kein Verschulden treffe.

Obernfels. Auch hier ist nun eine Zahlstelle gegründet worden. Am 20. September tagte eine öffentliche Versammlung, in der Frau Kröger-Offenbach über die Entwicklung der Industrie und die Nothwendigkeit der Organisation referierte. Die mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Ausfuhnungen führen zur Annahme folgender Resolution: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausfuhnungen einverstanden und verpflichtet sich die Anwesenden, in die Organisation einzutreten und für deren Ausbau zu wirken.“ Wegen vorgerückter Zeit ward die Versammlung geschlossen. Die Bevollmächtigten und Revisoren wurden in der am 27. September tagenden Versammlung vorgeschlagen.

Rechenburgsdorf. In unserer letzten, im „Marienhof“ abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte der Genosse Rehnke über: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Nur muß hierbei behauptet werden, daß ein so interessanter und lehrreicher Vortrag nicht von einem zahlreichen Zuhorerkreise gehört worden ist. Leider müssen wir immer und immer wieder die traurige Erfahrung machen, daß die Mitglieder, denen die Belehrung und Aufklärung am nöthigsten ist, sich um die Versammlung nicht kümmern, und werden die Kollegen und Kolleginnen hiermit aufgefordert, für einen regeren Versammlungsbesuch zu sorgen, damit man nicht in allen Versammlungen immer dieselben Gesichter sieht. Darum, Kollegen und Kolleginnen, nehmt die Schlafmude vom Kopf und erfüllt Euer erste Pflicht, den Besuch der Versammlung, damit Ihr auch wißt, warum Ihr dem Verband angehört und welchen Zweck unsere Bewegung hat. Es ist wahrhaftig nicht erfreulich, immer die Thatfache konstatieren zu müssen, daß in unserer Organisation ein so großer Mangel an aktibewussten Mitgliedern vorhanden ist.

Schweinfurt. In unserer am 3. Oktober tagenden Hilfsarbeiter-Versammlung referierte Frau Steinbach aus Hamburg über: Die Gewerkschaftsbewegung und die Frauen. Die Rednerin referierte in sehr humorvoller und drastischer Weise die Vorurtheile, welche namentlich von dem männlichen Geschlecht der Theilnahme der Frauen an der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten entgegengesetzt werden. Als besonders interessant fand es die Referentin, daß in Bayern trotz des einzigen Vereinsrechtes doch sehr verschiedene Auslegungen desselben durch die verschiedenen Behörden existieren. Viel Glück hatte die Rednerin mit der Auslegung des Begriffes „Kapital“. Die Folgen der Gesetzesvorlage, durch welche die Verhinderung der Arbeitswilligen an der Arbeit mit Zuchtstrafe belegt werden soll, sowie das Wesen der wirtschaftlichen Kämpfe entrollte die Referentin in klaren Bildern und belegte es, daß manche Arbeiter es scheuen, sich den Organisationen anzuschließen. Am Schlue ihrer Ausfuhnungen veranlaßte die Rednerin eine Abstimmung über die Nothwendigkeit der Organisationszugehörigkeit, die einstimmig bejahend ausfiel. Weiterer Beifall folgte den Ausfuhnungen.

Thalfranken. Sonntag, den 25. September, tagte in Gannstett a. Tegernsee im Gasthaus am Gasteig, eine sehr gut besuchte öffentliche Arbeiter-Versammlung. Genosse Niess-Münden referierte unter starkem Beifall der Versammelten über: „Zweck und Nutzen der Organisation“. 14 Personen traten dem Verband bei, soda die Zahl der Mitglieder am Orte bereits 27 beträgt. Von der Gründung einer Zahlstelle wurde vorlufiglich Abstand genommen, weil der Winter vor der Thür steht und Maßnahmen zu befürchten wären. Die Errichtung einer Zahlstelle durfte bestimmt im Frühjahr erfolgen.

Heterese. Eine schwach besuchte Versammlung der hiesigen Zahlstelle fand am Mittwoch, den 5. Oktober bei Wader statt. Redner: drei neue Mitglieder aufzunehmen, wurde vom zweiten Bevollmächtigten die Abrechnung für das 3. Quartal verlesen. Einwendungen wurden nicht erhoben und somit dem Bevollmächtigten Entlassung ertheilt. Hieran wurden die Kollegen D. Bogt als erster, Chr. Heidorn als zweiter und G. Falk als dritter Bevollmächtigter in Vorschlag gebracht. Zu Revisoren wurden die Kollegen Kimmicher, Kupfig und Grauer vorgeschlagen. Nach kurzer Debatte wurde als Delegierter zur Konferenz des Nordens Kollege Bogt gewählt und beschlosen, der Agitationskommission aus der Lokalkasse 6 Mt. zu überweisen. Unter „Verschiedenes“ theilte Kollege Bogt noch mit, daß er als Vorsitzender des Gewerkschaftsraths abertmals eine Anzeige an den Fabrikinspektor erstattet habe, weil in der Spiegelfabrik von Kammnasser eine Frau Sonnabends ständig bis 7 Uhr beschäftigt werde, und forderte die Kollegen auf, wenn von den Unternehmern Verhoe gegen die Gewerbeordnung vorlamen, ihm dies mitzutheilen, damit er Anzeige machen könne.

Wesselsburen. Sonntag, den 2. Oktober, tagte im Lokale des Kollegen Reimers eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Hinzke aus Ragerdorf referierte. Der Referent behandelte insbesondere die Lage der Landarbeiter, deren Verdienst, Arbeitszeit, Behandlung und Lebenshaltung vorfuhrend. Der Referent veranlaßte die Landarbeiter, ihre Kinder mit zur Arbeit heranzuziehen, nirgends sei die Arbeit der Kinder und jugendlichen Arbeiter verbreiteter als in der Landwirtschaft. Dieser Umstand sei aus der Arbeitslosigkeit zu erklären, von der der Landarbeiter im Winter heimgekehrt werde. In jährlichen Jahren seien die Landarbeiter im Winter mit dem Ausdrehen der Gerste beschäftigt gewesen, diese Arbeit würde heute mit der Maschine innerhalb einer kurzen Frist geleistet. Um aber die arbeitslose Winterzeit hinzukommen, müßte der Landarbeiter im Sommer seine Kinder zur Arbeit schicken, damit er einen letzten Zehnpennig erubigen könne. In der Diskussion nahm zunächst Kollege Kunze das Wort zur Kritik an der durch Verbandsbeschluss eingeführten Erhöhung der Beiträge. Durch die Erhöhung des Beitrageldes seien die Mitglieder aber für die Beitragsabhangigkeit reichlich entschädigt. Der Kollege Wegner gab der Meinung Ausdruck, daß die Kollegen leicht die Wochenbeiträge erzhwingen können durch Einführung gewisser Ausgaben, deren Verminderung nur zu beguhren sei. Letzter war die Versammlung schlecht besucht.

Berichtigung.
Der Kollege Julius Bollmann in Halberstadt theilt uns mit, daß es in dem in Nummer 20 des „Proletarier“ erschienenen Bericht über die Konferenz in Osterwieck an der Stelle, wo von Zahlstellen-Gründungen die Rede ist, nicht heen darf Ostersleben, sondern Mieserleben. Bessere Zahlstelle ist bekanntlich wieder eingegangen. (Red.)

Verlorne und für ungültig erklärte Buger.
Nummer 6, 11 15638, ausgestellt am 4. Jan. 1898 in Halberstadt auf den Namen Joseph Zandrajeski. Nr. 14497, ausgestellt am 4. Juli 1897 in Schiffel, auf den Namen F. Meißner.

Quittung.
Bei der Hauptkassa gingen folgende Beiträge ein: Zur Abrechnung: Augsburg 19,66 Mt. Eppendorf 239,— Mt. Binneberg 82,80 Mt. Kellinghufen 84,32 Mt. Bergedorf 441,— Mt. Barmbed, 665,20 Mt. Halberstadt 151,16 Mt. Hannover N. O. 141,10 Mt. Wandsbek 607,22 Mt. Wilmshausen 373,87 Mt. Einmsuttel 79,10 Mt. Gaffel 32,14 Mt. Lübeck 318,36 Mt. Barmstedt 17,60 Mt. Westphalen 147,77 Mt. Magdeburg 294,94 Mt. Bodejuch 58,70 Mt. Ragerdorf 255,4 Mt. Glinde 60,90 Mt. Offenbach 144,88 Mt. Ulfel 15,11 Mt. Burgel 22,15 Mt. Rothenburgsdorf 320,14 Mt. Altona 362,4 Mt. Riffen 50,55 Mt. Landsbut 33,72 Mt. Jzleben 65,7 Mt. Gamm b. Hamburg 284,17 Mt. Langenfelde-Stellungen 149,76 Mt. Halle 113,95 Mt. Frankfurt 24,35 Mt. Urdorf 37,— Mt. Speyer II 60,— Mt. Burgthude 73,74 Mt. Seitenheidelheim 150,— Mt. Osterwieck 137,48 Pf. Wedel 51,70 Mt. Isehoe 203,38 Mt. Niederebendebelen 33,— Mt. Schnarsleben 30,27 Mt. Thiede 39,44 Mt. Nienburg (Saale) 66,29 Mt. Freising 15,30 Mt. Thalfranken 40,30 Mt. Ostersleben 58,50 Mt. Schackensleben 10,90 Mt. Gibe-Hamburg 96,35 Mt. Melbort 100,90 Mt. Mannheim 88,20 Mt. Schiffel 375,7 Mt. Ludwigshafen 92,73 Mt. Bagen 11,88 Mt. Gr.-Dittersleben 60 Mt. Hamburg-Uhlenhorst 43,90 Mt. Glinde 37,60 Mt. Schweinfurt 111,50 Mt. Biebrich 55,40 Mt. Urdorf 10,— Mt.

Für Protokolle: Biebrich 5,— Mt. Einshorn 20,— Mt. Bodejuch 6,— Mt. Gannstett 20,— Mt. Gibeck 6,— Mt. Mannheim 5,— Mt. Hamburg-St. O. 20,— Mt. Altendorf 10,— Mt. Kellinghufen 5,— Mt. Bergedorf 25,— Mt. Barmbed 85,— Mt. Halberstadt 8,— Mt. Gaffel 2,20 Mt. Rothenburgsdorf 10,— Mt. Offenbach 9,90 Mt. Ostersleben 10,— Mt. Landsbut 3,— Mt. Jzleben 4,— Mt. Halle 7,50 Mt.

Für Annoncen: Bergedorf 9,60 Mt. Wandsbek 1,40 Mt. Langenfelde-Stellungen 1,20 Mt. Halle 1,65 Mt.
Zum Streikfonds: Von 4 Bauarbeitern aus Halberstadt —80 Mt. Augsburg aus der Lokalkasse 4,81 Mt. U. B. —50 Mt.
Schluß: Dienstag, den 13. Oktober, Mittags 12 Uhr.

Abrechnung
der letzten Bauarbeiterausperrung in Magdeburg vom 31. August bis 17. September.

Einnahme:	Ausgabe:
Vom Vorstand in Hannover:	am 4. Sept. 97,— Mt.
am 8. Sept. 200,— Mt.	„ 10. „ 105,75 „
„ 16. „ 150,— „	„ 17. „ 63,— „
Summa: 350,— Mt.	Summa: 265,75 Mt.

Bilanz:

Einnahme	350,— Mt.
Ausgabe	265,75 „
An die Verbandskassa zurückgesandt	84,25 Mt.

Die Richtigkeit dieser Abrechnung bescheinigen:
Die Bevollmächtigten. Die Revisoren.
Gottlieb Bannicke. Karl Werschmann.
Otto Hoffmann. Heinrich Albrecht.
Otto Post. Paul Gries.
Magdeburg, den 7. Oktober 1898.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

- Burgthude. Ernst Arndt, Munkster bei Burgthude.
- Gaffel. Heinrich Wagner, Holländische Str. 79.
- Düffeldorf. Peter Muhmann, Duffeldstr. 39.
- Glinde. Wilhelm Biech, Weidestr. 51.
- Hensburg. Karl Franke, Suberscherstr. 14.
- Gr. Lichterfelde. Carl Wagner, Werl., Wilhelmstr. 34.
- Gr. E. S. Oskar Kuffler, Kl. Brauhausstr. 3.
- Hamm-Hamburg. F. Wrenns, Borkelmannsweg 166.
- Kiel. J. Herup, Gaarden, Vereinsbaderei.
- Melbort. Jakob Fretz, jun., 2 Breitestr. 52.
- Münster a. Rh. Joh. Sumik, Stadthausstr. 128.
- Neuhaldensleben. Aug. Blume, Holzmarkt 2.
- Osterwieck. Gust. Graul, Bouffemalle.
- Obernfels. J. F. Reinhardt, Marienstr. 6.
- Schleswig. Gustav Altkendorf, Michaelstr. 50.
- Speyer II, Rheinpfalz. Heinrich Behr, Antonienstr. 2.
- Bertramsmann für Rageburg ist G. Wagner, Fünfhausen 225.

Inserate.
Eschershausen. [1,80 Mt.]

Am 6. November findet ein **ffentlicher Gewerkschafts-Ball** statt, wir bitten um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder. Ferner fordern wir die Kollegen auf, sich besser an den **Mitglieder-Versammlungen** zu betheiligen, damit wir unsere wirtschaftliche Lage besser besprechen können, denn nur dadurch ist es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.
Die Bevollmächtigten.

Achtung! Bremen. Achtung!
Mitglieder, die gewillt sind, am Sonntag, den 6. November eine **Agitationstour nach Brinkum** und Umgebung mitzumachen, wollen sich Sonnabend, den 5. November, Abends 8 1/2 Uhr, Grublingerdeich 29/30, melden.
Die Agitations-Kommission.

Zahlstelle Bergedorf.
Sonnabend, den 5. November, im Lokale „St. Petersburg“ (Wwe. Wandlle):
Herbst-Vergnügen, [1,35 Mt.] bestehend in Vorträgen, Theater-Auffuhnung und Ball. Anfang 8 Uhr Abends.
Hierzu ladet ein **Das Festkomitee.**